

Martin Haag

Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Baden-Württemberg

Montag, 17. Februar 2020, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Baden-Württemberg verdankt seinen Wohlstand, und die Tatsache, dass wir hier gut und gerne leben, der Industrie. Das produzierende Gewerbe hat im Land einen Anteil von knapp 40 Prozent: Wir sind ein traditionelles Industrieland. Damit das so bleibt, machen wir in den Unternehmen unsere Hausaufgaben. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen passen. Was heißt das für unsere Branche?

**Genehmigungsverfahren:
Unnötige Hürden in der
Praxis**

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist deshalb so stark im Land, weil wir uns ständig neu erfinden. In allem Traditionsbewusstsein – und viele unserer Unternehmen sind mehr als hundert Jahre alt! – sind wir eine der innovativsten Branchen.

Was heißt das in der Praxis? Wir forschen, entwickeln und stellen unsere Anlagen auf neue Produkte ein und um. Natürlich erproben wir auch neue Rohstoffe und setzen sie ein.

Dazu brauchen wir zügig Änderungsgenehmigungen oder neue Baugenehmigungen, wenn es sich um größere Erweiterungen handelt.

**Schnelligkeit zählt im
Wettbewerb**

Warum ist das so wichtig?

Wir stehen hier in Baden-Württemberg mit unserer hohen Exportquote, gerade auch im Pharmabereich mit etwa zwei Dritteln Auslandsumsätzen, in einem harten internationalen Wettbewerb.

Unsere Unternehmen besorgen sich ihre Rohstoffe auf den Weltmärkten – dort, wo alle anderen auch einkaufen. Diese Preise sind dieselben.

Zwei wichtige Produktionsfaktoren sind lokal: Energie und Arbeitskräfte. Die Energiekosten, insbesondere was die Belastung mit Steuern und Abgaben angeht, sind in Deutschland und damit auch hier im Südwesten die höchsten in Europa. Diese Faktoren können wir durch eine höhere Produktivität versuchen auszugleichen – und daran arbeiten wir auch.

Was wir aber nicht ausgleichen können, sind Verzögerungen in den bürokratischen Abläufen. Häufig sind die Genehmigungshürden in Deutschland höher sind als in den meisten anderen Staaten. Und regelmäßig dauern Verfahren auch noch deutlich länger.

Das ist ein Nachteil gegenüber Wettbewerbern im Ausland, was die Umsetzung von neuen Produktionen angeht.

Beispiele und Abhilfe

Natürlich sitzen wir das nicht aus. Wir arbeiten daran – gerade als Verbände, aber auch als einzelne betroffene Unternehmen. Aber schön ist es nicht – zum Beispiel:

- Wenn die Sachbearbeiter wechseln, und das häufiger, verzögern sich Genehmigungsverfahren unnötig.
- Vorhandener Ermessensspielraum wird nicht genutzt, beispielsweise wird eine Erleichterung für eine Forschungsanlage verweigert.
- Eine nicht genehmigungspflichtige Anlage wird aus Unkenntnis oder überzogenem Sicherheitsdenken als genehmigungspflichtig behandelt.
- Bei einer Bauanfrage für ein Parkhaus auf einem Industriegebietsparkplatz wird gleich mitgeteilt, dass die Genehmigung 24 Monate dauern wird.
- [konkret - Roche Diagnostics in Mannheim vs. Roche in Penzberg?]

Wir sind deshalb im Gespräch mit den Behörden – auf allen Ebenen. Und wir haben Verständnis gefunden und rechnen mit einer Verbesserung der Situation.

**Ausbau der
Genehmigungsbehörden**

So ist der Ausbau der Genehmigungsbehörden, die personelle Verstärkung der Regierungspräsidien ein wichtiger und richtiger Schritt. Wir verlangen nicht, dass die Auflagen sinken – wir wollen, dass unsere Anträge schnell und sachgerecht bearbeitet werden.

Für die Schnelligkeit haben die Behörden, allen voran das Umweltministerium, ihre Unterstützung zugesagt. Mehr Fachleute sind inzwischen in den Regierungspräsidien tätig. Und wir beteiligen uns – aus gutem Grund – über die gestiegenen Gebühren – auch an den Kosten. Wir schätzen das Fachwissen und die Kompetenz, gerade in den komplizierten Chemie- und Pharma-Angelegenheiten, bei diesen Mitarbeitern der Genehmigungsbehörden.

**Schnelle und kompetente
Entscheidungen nötig**

Wir brauchen nämlich hier einen gut etablierten persönlichen Austausch zwischen Antragsteller und Genehmigungsbeamten, die beide ihr Fach verstehen. Wir glauben, dass wir uns darin einig sind: Den Standort stärken, für die Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, aber auch im Sinne der Bürger die Arbeitsplätze sichern und die Umwelt schützen. Wir können nachweisen, dass wir seit langen Jahren viel für die Sicherheit der Anlagen, den Umweltschutz und natürlich auch den Arbeitsschutz tun. Das ist für uns selbstverständlich. Selbstverständlich ist aber auch, dass wir heute extrem schnell und flexibel arbeiten müssen, um am Standort Baden-Württemberg wettbewerbsfähig zu bleiben. Das machen uns die Fälle, wo wichtige Entscheidungen nicht so schnell wie möglich getroffen werden, schwer.

Schwierig wird es auch, wo unnötige und zeitintensive Gutachten gefordert werden. Für ein Miteinander auf Augenhöhe wäre es gut, wenn noch mehr Mut zu Entscheidungen, durchaus auch Ermessensentscheidungen, gefunden würde.

Gutachten helfen oft nicht wirklich weiter, sondern fordern ein Gegengutachten heraus. Oft sind aber Standardfragen zu klären, die mit Augenmaß auf Augenhöhe miteinander gut zu klären wären. Das bringt beide Seiten weiter:

- Uns, weil es schneller weitergeht und wir zügig wissen, wo wir im Prozess stehen.
- Die Genehmigungsbehörden, weil sie für komplexe Sachverhalte Kapazitäten gewinnen.

**Wettbewerbsnachteile
beseitigen**

Ich sagte es eingangs: Wir haben viele Industriestandorte, die im Wettbewerb stehen. Nicht nur international, sondern auch innerhalb ihrer eigenen Konzerne. Produktionsstätten in Österreich, Frankreich, Spanien oder Polen konkurrieren mit denen in Baden-Württemberg um neue Anlagen.

Technologisch und von den Fähigkeiten unserer Mitarbeiter können wir da natürlich mithalten. Was wir nicht beeinflussen können, sind Verzögerungen und Kostennachteile durch Bürokratie.

Hier fordern wir von der Politik, besonders in Stuttgart, noch mehr als bisher unser Ansprechpartner zu sein und weiter an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten.

Klimaschutz und die Chemie

Die chemische Industrie hat eine Studie zur möglichen Klimaneutralität der Branche in Deutschland erarbeiten lassen. Zwei Ergebnisse möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Erstens: Wir können bis 2050 Jahren als Branche ab heute gerechnet 27 Prozent CO₂-Reduktion erreichen. Da kommt uns einerseits die Veränderung des Energiemixes in Deutschland zugute. Andererseits werden wir unsere Prozesse ständig weiter optimieren. Aber: Nach 2030 würde es in diesem Szenario nur noch in sehr kleinen Schritten vorangehen.

Zweitens: Diese Option ist für unsere Branche deutlich ambitionierter. Sie sieht eine weitere Absenkung der CO₂-Emissionen um gut 60 Prozent in den nächsten 30 Jahren vor. Wenn wir noch stärker als bisher in neue Basistechnologien investieren – und neue Prozesse finden, die energieeffizienter sind -, können wir die CO₂-Emissionen auch aus den Chemieprozessen noch deutlicher reduzieren. Dazu werden die Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe investieren müssen, um die neuen Prozesse zu entwickeln, zu testen und deren Produkte erfolgreich in den Weltmarkt einzuführen.

Ein Beispiel: Das chemische Recycling von Kunststoffen ist eine Möglichkeit, fossile Rohstoffe zu ersetzen. Das erweitert das herkömmliche Recycling und kann einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Einsparung leisten.

Hinzu kommt die umfassende Nutzung erneuerbarer Energie: Dazu müsste die chemische Industrie erneuerbaren „grünen Strom“ in dem Maße nutzen können, wie er heute komplett in Deutschland durch „Sonne, Wind, Wasser, Biomasse & Co“ erzeugt wird. Das heißt, der Stromverbrauch der Chemie steigt in diesem Szenario um vierhundert Prozent. Damit werden fossile Brennstoffe ersetzt.

Die Politik ist gefordert

Sie sehen: Wir stecken weder den Kopf in den Sand noch machen wir weiter wie bisher. Wir machen das, was unsere Branche seit jeher ausgezeichnet hat: Wir schauen auf mögliche Optionen und prüfen, was geht. Dabei zeigt sich in aller Deutlichkeit:

- Die chemische Industrie als eine der Schlüsselindustrien in Deutschland, in einem Industrieland Deutschland, ist in besonderer Weise auf eine verlässliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

Dazu gehört aus unserer Sicht in Zukunft besonders, dass diese Energieversorgung CO₂-neutral ist. Das setzt aber einen raschen und enormen Ausbau der erneuerbaren Energien voraus.

- In der Praxis: CO₂-neutraler Strom muss in großen Mengen zu günstigen, das heißt wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Nur so können die gigantischen Investitionen, die notwendig sind, um die Umstellungen zu stemmen, auch erwirtschaftet werden.
- Die Politik ist damit in der Pflicht: Hier gilt es, die richtigen Weichen zu stellen. Lokale Absichtserklärungen helfen nicht – global müssen Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang gebracht werden.

Situation in Baden-Württemberg

Wie sieht es mit der Energieversorgung in Baden-Württemberg derzeit aus?

Die Industrie in Baden-Württemberg bezieht ihren Energiebedarf zu einem größeren Anteil aus Strom. Erdgas hat einen etwas geringeren Anteil. Fernwärme und der erneuerbare Energieträger Biomasse kommen danach. Öl und Kohle spielen als industrielle Energieträger im Land eine untergeordnete Rolle.

Wenn, wie in den Szenarien angesprochen, die chemische Industrie auch im Land stärker auf grünen Strom umsteigen will und soll, dann muss dieser Strom regelmäßig und sicher verfügbar sowie bezahlbar sein. Schon jetzt wird in Baden-Württemberg viel Strom importiert. Mit der jüngsten Kernkraftwerksabschaltung und der nächsten Ende 2022 muss dieser Anteil, gerade für die Industrie, steigen. Wir sind auf eine stabile Stromversorgung, jederzeit, angewiesen.

Was wir dabei allerdings – aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre – befürchten: Die spezifischen Kosten in Deutschland werden insbesondere wegen des geplanten Kohleausstieges und wegen des notwendigen Ausbaus des Netzes weiter steigen.

Wir haben also zwei große Probleme auf dem Weg zu Klimaneutralität: Zum einen die Verfügbarkeit von genügend grüner Energie, um die Produktion der chemischen Industrie möglichst klimaneutral weiter aufrecht zu erhalten. Zum anderen müssen die Preise für Energie, für Strom, wieder auf ein Niveau sinken, das uns wettbewerbsfähig macht und unsere Wettbewerbsfähigkeit bewahrt. Heute sehe ich nicht, dass uns das in absehbarer Zeit gelingen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!